LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1152
zu Drucksache 13/700
27. 01. 1997

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/700 –

Landeshaushaltsgesetz 1997 (LHG 1997)

Kein Abbau von Gesundheitsmaßnahmen zu Lasten von Kranken und auf Kosten von Arbeitsplätzen

Der Landtag stellt fest:

Bei der Auswahl von Standorten von Kur- und Rehabilitationseinrichtungen kommt Rheinland-Pfalz aufgrund seiner landschaftlichen und klimatischen Vorzüge eine herausragende Beachtung im Kur- und Rehabilitationsbereich zu.
Der wirtschaftsfördernde Effekt und die damit verbundene Anzahl von Erwerbsarbeitsplätzen ist besonders für strukturell schwache Regionen von größter Bedeutung.
Für unzählige Menschen sind Kuren und Rehamaßnahmen entscheidend für den Erhalt ihrer Gesundheit, zur Vermeidung oder Linderung chronischer Krankheiten und damit ausschlaggebend für ihre Erwerbsarbeitsfähigkeit.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Interesse einer beschäftigungswirksamen Strukturpolitik für Rheinland-Pfalz und im Interesse einer verantwortungsbewußten Gesundheitsversorgung gegen die arbeitsplatzvernichtenden Maßnahmen der Bundesregierung initiativ zu werden und die bestehenden Einrichtungen und Angebote im Bereich des Kur- und Rehawesens zu erhalten.

Dazu bedarf es einer umgehenden Bundesratsinitiative, um die im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" festgeschriebenen Einsparmaßnahmen im Kur- und Reha-Bereich rückgängig zu machen.

Für die Fraktion:
Gisela Bill

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 18. Februar 1997 – Vorabdruck verteilt am 27. Januar 1997